

Diese Seite drucken

Vor der UN-Konferenz in Bonn

Klimaschutz mit Gerechtigkeitslücke?

Steigende Meeresspiegel und Temperaturen, Artensterben, Trinkwassermangel - die Folgen des Klimawandels bedrohen besonders die Menschen in den ärmsten Entwicklungsländern. Die westlichen Industriestaaten als Hauptverursacher kommen hingegen glimpflicher davon. Für Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul ein Grund mehr, an die Verantwortung der Klimasünder zu appellieren.

„Wir stehen vor einer neuen Gerechtigkeitslücke“, sagte Wiecek-Zeul in Bonn. Beim Kampf gegen den Klimawandel dürfe das Recht der ärmsten Länder auf Entwicklung nicht außer Acht gelassen werden, warnte die Ministerin im Vorfeld der UN-Konferenz zur Biodiversität in der ehemaligen Bundeshauptstadt. „Die betroffenen Länder haben ein Recht auf Entwicklung.“

Es sei daher die Pflicht der großen Industriestaaten, die Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Schaffung einer klimafreundlichen Infrastruktur zu unterstützen. „Es muss Technologiepartnerschaften geben“, so die Ministerin. Denn eines sei klar: „Weltweite Entwicklung ist nur mit einer Energiewende möglich.“ Kernkraft gehört nach Ansicht von Wiecek-Zeul und SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber hingegen nicht dazu.

„Alle in einem Boot, aber auf verschiedenen Decks“

Damit auch der Kampf gegen den Klimawandel gerecht geführt werde, kann sich die 65-Jährige vorstellen, „dass langfristig Staaten mit niedrigem CO₂-Ausstoß Zertifikate an CO₂-Sünder verkaufen dürfen.“ Der Klimawandel sei eine Aufgabe, die nur gemeinsam gelöst werden kann. „Wir sitzen alle in einem Boot, aber auf verschiedenen Decks.“

Für die Ministerin heißt das: Entwicklungsländer sind beim Klimaschutz auf Unterstützung angewiesen. Diese müsse einerseits finanzieller Natur sein. Vor rund 200 Zuschauern bekräftigte Wiecek-Zeul bereits gegebene Aufstockungszusagen, die innerhalb der Regierung zuletzt umstritten waren: „Was wir versprochen haben, werden wir einhalten.“

Zudem wandte sie sich mit deutlichen Worten gegen die EU-Agrarsubventionen. Diese seien „eine fortwährende Aggression gegen die Entwicklungsländer“ und deren eigene landwirtschaftliche Produktion. Dass der vielgelobte Anbau von Biokraftstoffen eine gefährliche Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehe, ist Wiecek-Zeul ebenfalls ein Dorn im Auge. „Meiner Meinung nach ist Nahrung das höhere Gut.“

Auch Ulrich Kelber zeigte sich nicht zufrieden mit der Entwicklung auf diesem Sektor: „Der Biospritbau muss viel effizienter werden und die vielen Brachflächen nutzen.“ Solange zentrale Probleme nicht gelöst seien, setze er sich für ein schnelles Moratorium ein.

Manuel Preuten

erstellt am 16.05.2008